

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

... Fernsprecher M 3538. ...
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 10

Cöln, den 8. Mai 1915.

III. Jahrgang.

Mehr Selbstzucht.

„Durchhalten“ soll unsere Parole sein, schrieb neulich ein Kollege aus dem Felde. Und es scheint, als wenn diese Mahnung nicht ganz unberechtigt wäre. Diese an unsere kämpfenden Volksgenossen im Felde zu richten, ist vollständig überflüssig. Sie sehen Tag für Tag die Schrecken des Krieges und werden gerade hierdurch gefestigt in ihrer Ueberzeugung, daß nur ein ehrenvoller Friede für Deutschland die Gewähr für eine weitere friedliche Entwicklung unseres Vaterlandes bieten kann. Bis zu diesem Ziele wollen sie durchhalten und mögen die erforderlichen Opfer noch so groß sein.

Andererseits erscheint es aber zweckmäßig, diesen Mahnruf an jene zu richten, denen es nicht möglich ist, sich persönlich durch Snaugenscheinnahme von der Notwendigkeit des Durchhaltens zu überzeugen. Gar zu leicht haben sie sich an den Kriegszustand gewöhnt, eben deshalb, weil sie ihn noch nicht richtig am eigenen Leibe verspürt haben. Was hat denn in Deutschland einer, der keinen nahen Verwandten im Felde stehen hat, und über ein gutes Einkommen verfügt, für Opfer gebracht? Gar keine. Oder sollen etwa die paar Hundert, oder Tausend Mark, die er vielleicht der Kriegshilfe, oder dem Roten Kreuz gegeben hat, als Opfer bezeichnet werden, im Vergleich zu denen, die die Krieger, oder die Bewohner der besetzten Gebiete gebracht haben und noch täglich bringen? Oder soll etwa die Notwendigkeit mit dem Brote sparsam umzugehen, anstatt seine Brötchen, Kriegsbrot zu essen, in der Geschichte als ein hervorragender Akt der Opferwilligkeit verzeichnet werden?

Es erscheint geradezu als eine Lächerlichkeit, wenn derartige Selbstverständlichkeiten, als etwas Großes, Erhabenes beweihräuchert werden. Diese Einschränkungen und öfters noch in ganz höherem Maße haben sich die schlecht entlohnerten Arbeiter und Angestellten schon jahrelang hindurch auferlegen müssen, ohne daß dafür eine zwingende Notwendigkeit vorlag.

Doch auch in unserem Stande, dem der Arbeiter und Angestellten, finden sich Leute, die glauben, ihre Zeit mit nichts Besserem ausfüllen zu können, wie mit Sammern und Klagen. Ueber all dieses Sammern vergessen sie dann die eigene Mitarbeit zur Besserung der beklagenswerten Uebelstände.

Es soll und darf nicht verkannt werden, daß die gegenwärtige Teuerung der Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel schwer auf den Haushalt drückt. Verständlich ist auch, wenn die Frauen unserer im Felde stehenden Kollegen, Briefe an den Gatten und Vater schreiben, die von Allen

ändern, nur nicht vom Wohlergehen und guten Auskommen berichten. Trotzdem sollten sie ungeschrieben bleiben, weil der Gatte im Felde an den Zuständen nichts ändern, ja nicht einmal einen Rat erteilen kann. Sie erreichen nur das Gegenteil und können uns gefährlich werden, wenn sie bei Gefangenen und Verwundeten, oder Gefangenen in Feindeshand gelangen. Ebenso entschieden muß aber auch den Bestrebungen entgegengetreten werden, mit allgemeinen Redensarten, ja geradezu mit Verhöhnungen die tatsächlich bestehenden Uebelstände hinweg zu disputieren. Aufklärung und das ernstliche Bestreben, die Mißstände zu beseitigen, sind das beste Mittel, den unerfreulichen Begleiterscheinungen zu Leibe zu rücken.

Entschieden zu bekämpfen ist, nicht minder das Heulmeiern jener Kollegen, die noch in festen Lohnverhältnissen sich befinden und sich nun doch anstellen, als ob sie unter der Last der Teuerung zusammen brechen müssen. Gefährlich wirkt dieses Gebahren insoweit, weil dadurch die feste Zuversicht, „wir halten durch bis zum glücklichen Ende“ gefährdet wird und andererseits — was genau so schlimm ist — diejenigen Kräfte in ihrer Entfaltung gehemmt werden, die sich der Beseitigung, resp. der Milderung der Mängel widmen.

So schrieb uns vor einigen Wochen der Vorstand einer Ortsgruppe, daß sie nicht mehr in der Lage seien, die Opfer für den Verband zu bringen, er möge für die Dauer des Krieges seine Tätigkeit an ihrem Orte einstellen. Gegenwärtig aber, wo an manchen Orten, eben durch das Vorgehen des Verbandes erhebliche Teuerungszulagen erreicht sind, werden wir von den Mitgliedern bestürmt, doch die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Die Erfahrung hätte gezeigt, daß ohne den Einfluß des Verbandes die Verhältnisse nicht zu bessern seien. Ohne Organisation würde sich ihre Verwaltung doch nicht bereit finden, es den andern nach zu machen.

Mit diesem ewigen Heulmeiern und Sammern, mit den Klagen über die großen Opfer muß einmal gründlich gebrochen werden. Wenden tun wir dadurch kein Zota an den bestehenden Zuständen. Direkt abstoßend muß es auf die denkenden Kollegen, auf Verwaltungen und andere Stände einwirken, wenn die Latenlosigkeit, die Interessenlosigkeit gegenüber ihren sozialen Aufgaben mit ihren Worten in einem diametralen Gegensatz stehen. Bekanntlich sind die größten Schreier, die sich am unzufriedensten gebärden, die ärgsten Drückberger, sobald es heißt, selbst mit Hand an zu legen, die Zustände zu ändern. Zur tatkräftigen Mitarbeit sind sie nicht zu haben, selbst das kleinste persönliche Opfer ist ihnen zu groß, aber im Schimpfen und Räsonieren sind sie die Tüchtigsten.

Etwas mehr Zuberficht und Vertrauen auf unsere gute Sache und die eigene Kraft und auch unser Stand wird den Schwierigkeiten, die sich in dieser schweren, aber auch großen Zeit ergeben, Herr werden.

Teuerungszulagen.

Die Kriegszeit hat uns eine erhebliche Verteuerung des Lebensunterhaltes gebracht. Sowohl Lebensmittel wie andere Bedarfsartikel sind sehr im Preise gestiegen. Das hängt ja zum großen Teile damit zusammen, daß uns die Einfuhr aus den überseeischen Ländern fehlt. Bezog Deutschland doch im Jahre 1912 für über dreitausend Millionen Mark an Lebensmitteln und Futtermitteln aus dem Auslande und für mehr als 1000 Millionen industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate, während die Einfuhr an Fertigwaren noch nicht 2000 Millionen betrug. Wir sind daher größtenteils auf die vorhandenen Borräte und die Erzeugnisse des eigenen Landes angewiesen, denn die Zufuhr, die wir auch jetzt noch aus einigen Nachbarländern erhalten, fällt gegenüber den obigen Ziffern nicht sehr ins Gewicht. In der vorhandenen Warenknappheit liegt also z. Teil die steigende Tendenz der Warenpreise begründet. Das schließt natürlich nicht aus, daß doch auf viele Waren Preissteigerungen erfolgt sind, die in den Verhältnissen nicht begründet sind, wie auch bei anderen die vorgenommenen Steigerungen das berechtigte Maß wesentlich übersteigen. Zwar ist man behördlicherseits bestrebt, den Auswüchsen entgegenzutreten, doch läßt die Steigerung der Preise keineswegs nach und die Konsumenten müssen wohl oder übel bezahlen. Man berechnet die Verteuerung der Lebensmittel auf durchschnittlich 25 bis 30 Prozent. Es ist klar, daß davon gerade die ärmsten Volksschichten am stärksten betroffen werden. Je niedrigerer das Einkommen, umso fühlbarer ist der Preisdruck. Unter solchen Umständen ist es verständlich, wenn die Arbeiterschaft versucht, besondere Teuerungszulagen zu erlangen, um die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung einigermaßen auszugleichen. Die für die Heeresverwaltung arbeitenden Betriebe sind durchweg in der Lage, ihren Arbeitern höhere Löhne zu gewähren, wie auch die Militärbetriebe selbst darin den Arbeitern möglichst entgegenkommen. So hat kürzlich die Marineverwaltung ihren Arbeitern eine Zulage von 40 Pfg. pro Tag gegeben; die gleiche Zulage erhielten die Arbeiter der württembergischen Heeresbetriebe. Selbst in den Kreisen der Privatbetriebe zeigt man Verständnis für das Verlangen der Arbeiter. So hat der Arbeitgeberverband für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe ein Rundschreiben an seine Mitglieder gerichtet, worin er anregt, während der Dauer des Krieges ihren Arbeitern oder deren Angehörigen eine Kriegszulage zu gewähren.

Erfreulicherweise haben auch bereits eine Reihe von Städten ihren Arbeitern Teuerungszulagen bewilligt, zum meist auf Antrag der gewerkschaftlichen Organisationen. Das ist umsomehr anzuerkennen, als die Gemeinden infolge des Krieges ohnehin große Aufwendungen an Unterstützung für die Kriegerfamilien, Arbeitslosen u. s. f. zu machen haben. Dieser Umstand ist auch von den Arbeitern bei Aufstellung ihrer Forderungen meist berücksichtigt worden und muß auch in Betracht gezogen werden, sofern nicht alle Wünsche bezgl. der Gewährung der Zulagen erfüllt wurden. Wir geben nachfolgend eine Uebersicht über eine Reihe von Gemeinden usw. die bereits Teuerungszulagen bewilligt haben.

Breslau. Die Stadtverordneten bewilligten mit Wirkung vom 1. April ab: a) 100 000 Mk. für Familienzulagen an Arbeiter mit 2 Kindern und mehr. Solche Arbeiter, die nur 3.50

Mk. Tagelohn haben, erhalten die Zulage schon bei 1 Kinde. b) 100 000 Mk. für Lohnzulagen, die wegen der Teuerung oder zur Gewinnung geeigneter Arbeiter notwendig sind. c) 50 000 Mk. für Zulagen an größere Familien bei den untern Beamten.

Berlin. Ab 1. April erhalten alle Arbeiter und Angestellte mit Einkommen bis zu 2000 Mk. eine Zulage von monatlich 10 Mark.

Bonn. Die Löhne unter 3.50 Mk. werden auf 3.50 Mk. erhöht. Die Straßenbahner erhalten 15 Mk. Zulage pro Monat, die übrigen städtischen Arbeiter 10 Prozent ihres Lohnes.

Frankfurt a. M. Die Löhne der beiden untern Lohnklassen unter 4.— Mk. werden auf 4.— Mk. der beiden nächsten Lohnklassen auf 4.40 Mk. erhöht. Außerdem erhalten die Arbeiter der 2 untern Lohnklassen eine Teuerungszulage von 20 Pfg. täglich, soweit sie für Kinder unter 18 Jahren zu sorgen haben;

Görlitz. Arbeiter, Angestellte und Beamte mit Einkommen bis 1500 Mk. erhalten 20 Pfg. pro Tag, für Ehefrau 10 Pfg. und für jedes Kind unter 14 Jahren 10 Pfg.

Charlottenburg bewilligte für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre 6.— Mk. monatlich.

Koblenz. Die für den Winter beschlossene Teuerungszulage von 30 Pfg. für Verheiratete und 20 Pfg. täglich für ledige Arbeiter wird für die Kriegsdauer fortgezahlt.

Köln. Beamte, Angestellte und Arbeiter (einschließl. Hilfskräfte) bis 5.— Mk. Lohn pro Tag bezw. 1600 Mk. pro Jahr, erhalten 10 Prozent Teuerungszulage. Die Differenz zwischen 5.50 Mk. und 1760.— Mk. wird durch entsprechende Zulagen ausgeglichen. Die Teuerungszulage wird nur an Verheiratete gezahlt und solche Unverheiratete, die der Haupternährer der Familie sind und mit dieser in häuslicher Gemeinschaft leben. Bei den Monatsempfängern werden 28 Arbeitstage im Monat zugrunde gelegt. Die Zahlung erfolgt ab 1. April.

Kiel. Arbeiter und Angestellte mit Einkommen bis zu 2000 Mk. erhalten: Unverheiratete und Verheiratete ohne Kinder unter 15 Jahren 20 Pfg. täglich bezw. 5 Mk. monatlich. Verheiratete mit nicht mehr als 2 Kindern 50 Pfg. bezw. 12.50 Mk.

Magdeburg gewährt eine Teuerungszulage von 30 Pfg. täglich an alle Arbeiter. Den gleichen Jahresbetrag für Angestellte, Beamte, Lehrer, Lehrerinnen mit einem Einkommen bis 2000 Mk.

Niederrhein gibt als Teuerungszulage für Gasstocher 20 Pfg. für andere Arbeiter 15 Pfg. täglich.

Elberfeld. Die Kinderzulagen wurden um 100 Prozent erhöht ab 1. April. Sie betragen dann bei einem Kinde 8, bei 3 Kindern 18, bei 4 Kindern 24, bei 5 Kindern 30, bei 6 Kindern 36, bei 7 Kindern und mehr 42 Mk. pro Monat.

Siegen. Alle Arbeiter erhalten 10 Prozent Teuerungszulage. Die Löhne von 4.50 Mk. wurden jedoch nur auf 4.80 Mk. erhöht.

Essen. Arbeiter mit einem Lohn bis einschließl. 5 Mk. erhalten, sofern sie verheiratet sind und wenigstens 2 Kinder haben, eine Teuerungszulage vom 1. April bis 30. Juni. Die Zulage beträgt für Familien mit 2 Kindern 2.50 Mk. pro Woche; Familien bis zu 4 Kindern 2.75 Mk. pro Woche; Familien mit über 4 Kindern 3.00 Mk. pro Woche.

Dresden. Arbeiter und Beamte bis 1600 Mk. pro Jahr erhalten ab 1. April bis zum 30. Juni Teuerungszulage von 6—12 Mk. monatlich je nach dem Einkommen. Die Straßenbahner erhalten Teuerungszulage nicht, weil kürzlich die Löhne erhöht wurden.

Berlin-Lichterfelde. Ab 1. April erhalten diejenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die seit länger als drei Monaten beschäftigt sind und ein Einkommen von nicht mehr als

2000 Mk. haben, eine Teuerungszulage für die Kriegsbauer. Die Zulage beträgt für jedes Kind unter 15 Jahren monatlich 3 Mk.

Das Königlich Bayerische Kriegsministerium hat für seinen Bezirk angeordnet, daß den Militärarbeitern eine tägliche Zulage von 50 Pfg., den Arbeiterinnen eine solche von 35 Pfg. gewährt werden soll. Die Zulage soll vom 1. März ab nachgezahlt werden.

Die Preussische Seeresverwaltung hat ebenfalls ihren Arbeitern Zulagen gewährt, verschiedentlich wurde pro Tag 45 Pfg., vom 1. März ab mehr gezahlt.

Ein Teil der Städte glaubt aber, sich an dieser sozialen Maßnahme vorbeidrücken zu können. So lesen wir im „Tag“ vom 23. April:

„Die städtischen Arbeiter und Handwerker Schönebergs waren gestern abend versammelt, um zu den Lohnmaßnahmen des Magistrats Stellung zu nehmen. Es wurde u. a. ausgeführt: Im September hätten die städtischen Arbeiter dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt, in eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnminderung zu willigen, um dadurch für Arbeitslose Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Ohne aber die Arbeiter zu hören, habe der Magistrat verfügt, daß auch die Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit in Fortfall kommen sollten. Anstatt Arbeitslose einzustellen, seien noch städtische Arbeiter entlassen worden. Der Antrag, die widerrechtlich entzogenen Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit nach- und weiter zu zahlen, sei abschlägig beantwortet worden.“

Hoffentlich wird derjenige Teil, der bis heute noch keine Entscheidung getroffen hat, sich den sozialfortschrittlicheren anschließen. Trägt doch auch diese Maßnahme dazu, daß der uns aufgezwungene Kampf vom deutschen Volke durchgehalten wird.

Ein schweres Straßenbahnunglück.

ereignete sich in der Nacht vom 21. zum 22. April in Berlin. Um 12 1/2 Uhr entgleiste ein Wagen der Großen Berliner in der Kurve Sommerstr.-Reichstagsplatz, fuhr quer über den circa 25 Meter breiten Fahrdamm, sprang auf den Bürgersteig, riß dann noch ein eisernes Gitter um und fiel in die, an dieser Stelle fünf Meter tiefer fließende Spree. Sechs Personen fanden dabei ihren Tod, während acht mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Wir stehen hier vor einem Rätsel. Wie ist es möglich, daß ein entgleister Wagen, ausgerüstet mit einer vom Stromkreis unabhängigen Luftdruckbremse noch circa 25 Meter über den Fahrdamm weiter laufen und sogar den Bordstein überspringen kann? Entweder liegt hier ein Versagen der technischen Einrichtungen, oder ein Konstruktionsfehler vor, oder aber der Fahrer hat die zulässige Geschwindigkeit auf der Strecke vor der Kurve überschritten, ist dann aber als der Wagen entgleiste, vollständig kopflos geworden. Der betreffende Fahrer hat sich durch einen Sprung vom Perron gerettet und ist inzwischen bereits verhaftet worden. Die Untersuchung über die Schuldfrage wird von drei Stellen geführt, der Direktion der Großen Berliner, der staatlichen Aufsichtsbehörde, sowie der Staatsanwaltschaft, wobei erstere, weil sie direkt beteiligt ist, für das Urteil wohl als nicht unparteiisch, ausscheiden muß.

Der Führer behauptet und wird hierbei von Zeugen unterstützt der Wagen habe im letzten Augenblick einen mächtigen Ruck bekommen, infolge dessen er die Gewalt darüber verloren habe. Wie festgestellt ist, haben die Bremsflöhe fest angelegen, woraus hervorgeht, daß er tatsächlich die Bremse angezogen hat. Schwer belastend für ihn ist aber die Aussage eines anderen Angestellten, der kurz vor dem Unfälle mit ihm auf dem Vorderperron gefahren ist und zu ihm gesagt haben will „Mensch, du fährst ja wie verrückt.“

Das eine steht heute fest. Aus den bisherigen Aussagen und Feststellungen läßt sich noch nicht entnehmen, wer die Verantwortung trägt. Schuldlos scheint weder der Fahrer, noch die Direktion zu sein. Selbst wenn Ersterem die Ueberschreitung der zulässigen Geschwindigkeit nachgewiesen würde, bleibt die Frage zu prüfen, mußten die verantwortlichen Stellen nicht von vornherein damit rechnen, daß ein einziger unbedachter Augenblick eines Menschen genügt, um ein derartiges Unglück herbeizuführen? Sind diesbezügliche Maßnahmen getroffen? Weiter: Ist die Ausbildung des Fahrers, es handelt sich hier um einen Kriegsangestellten, eine gründliche gewesen? Wie stets mit der ärztlichen Untersuchung auf seine Tauglichkeit? Dann noch: hat der Fahrer im Laufe der letzten Wochen und Monate genügende Ruhezeiten gehabt? Am Tage vor dem Unfall soll derselbe frei gehabt haben, aber nach den praktischen Erfahrungen genügt ein einziger Ruhetag nicht, um sehr starke Anstrengungen von längerer Dauer wieder auszugleichen. Diese Fragen bedürfen um sehr mehr der genauen Untersuchung, da bekanntlich die Große Berliner unter einem großen Personalmangel leidet, der allzu leicht dazu führt, gerade in diesen Dingen weniger vorsichtig zu sein. Erst wenn all diese Dinge restlos ihre Aufklärung gefunden haben, wird die Schuldfrage zu entscheiden sein.

Dieses Unglück zeigt aber unseren Kollegen zweierlei: Erstens welche große Verantwortung ihnen auferlegt ist. Ein einziger unbedachter Augenblick genügt, um das größte Unglück herbeizuführen. Gefahrvolle Kurven, wie an der Stätte des Unglücks, sind fast bei allen Bahnen anzutreffen. Sich stets dieser Verantwortung bewußt bleiben, ist eine der ersten Pflichten der Kollegen. Leichtfertig veranlagte Naturen sollten dem Berufe fernbleiben, oder ihm sobald wie möglich den Rücken kehren. Zweitens sind alle diejenigen Faktoren zu beseitigen, die den Fahrer veranlassen können, die notwendige Vorsicht außer acht zu lassen. Hierzu gehört in erster Linie eine fleißige schifflöse Kontrolle des Stromverbrauchs und der Fahrzeiten. Nicht zuletzt aber spielt die Dauer der Dienstzeit, Entlohnung usw. eine sehr wichtige Rolle. Bei schlechter Entlohnung und langer Dienstzeit ist es selbstverständlich, daß nur eine sehr geringe Auslese unter dem sich meldenden Personal gehalten werden kann. Besonders jetzt während des Krieges trifft dieses zu. Schlechte Lohn- und Dienstverhältnisse müssen auch naturgemäß die Lust und Liebe zum Dienst und damit zugleich auch das Verantwortlichkeitsgefühl abtumpfen.

Unsere Bestrebungen, durch geschlossenes Vorgehen, die tatsächlich bestehenden Mißstände im Straßenbahnwesen zu beseitigen, dient daher nicht nur den Kollegen selbst, sondern kommt auch der Betriebssicherheit zu gute.

Wiederholt konnten wir die Erfahrung machen, daß bei einer Lohnbewegung die Direktionen versuchen, durch Entlassungen Nachhülfe zu nehmen und anstelle der tüchtigen, selbstbewußten Kollegen, die ihr Recht verlangten, willfährige Kreaturen setzen und die Unfallziffern sofort erheblich stiegen.

Bei verschiedenen Bahnen wird jetzt ernstlich die Frage erwogen, auch Frauen als Fahrer auszubilden. Wir zweifeln nicht daran, daß es etwas exzentrisch veranlagte Frauen genug gibt, die sich auch für diesen Posten melden. Sollten diese Ermägungen praktische Formen annehmen, so werden die gesamten Kollegen entschieden hiergegen Stellung nehmen. Eine Rücksicht auf den sozialen Burgfrieden, die unsere Stellung zu den weiblichen Schaffern veranlaßte, kann es in dieser Frage nicht geben. Es erscheint uns auch ausgeschlossen, daß die Aufsichtsbehörde, in Rücksicht auf die Betriebssicherheit hierzu ihre Genehmigung geben kann.

Aus unseren Berufen.

Unsere Aktion für die Gewährung von Teuerungszulagen.

Köln. Am 10. März richteten wir an die hiesige Stadtverwaltung den Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage. Dieser Antrag ist schon bald verwirklicht worden. Am 22. April faßte die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß, rückwirkend ab 1. April eine Kriegsteuerungszulage zu gewähren, die auf das Jahr mit 550 000 Mark berechnet wird. Der diesbezgl. Beschluß lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der Gewährung einer Kriegsteuerungszulage für die Dauer des Krieges von zehn Prozent des jeweiligen Lohnes oder Gehaltes an die Arbeiter, Arbeiterinnen, Bedienstete und Bureauhilfsarbeiter, die einen Lohn von 5 Mark pro Tag und weniger beziehen und an Beamte und Angestellte, mit einem Gehalt bis zu 1600 Mark einverstanden.

Die mehr als 5 Mark, aber unter 5,50 Mark Lohn beziehenden Arbeiter usw. und die mehr als 1600 Mark aber unter 1760 Mark Gehalt beziehende Beamten und Angestellten sollen soviel an Kriegsteuerungszulage erhalten, als der Unterschied zwischen ihrem Lohn und 5,50 Mark bzw. ihrem Gehalt und 1760 Mark beträgt.

Die Kriegsteuerungszulage soll aber nur verheirateten Arbeitern gewährt werden, die als Haupternährer ihrer Familie anzusehen sind und mit dieser in häuslicher Gemeinschaft leben. Sie soll mit Wirkung vom 1. April ds. J. ab gewährt werden.

Mürnberg. Wohl kaum in irgend einer Stadt sind den Gemeindearbeitern so große Kriegsoffer auferlegt worden, wie in Nürnberg. Mit dem 7. Sept. wurde die Arbeitszeit von 56 auf 36 Stunden herabgesetzt und die Löhne auf 15—19 Mk. pro Woche verkürzt. Den Lohn von 19 Mk. erhielten nur die Arbeiter mit 6 und mehr Kindern. Auf Grund einer Eingabe unseres Verbandes war bereits Anfang Dezember die Arbeitszeit auf 48 Stunden heraufgesetzt worden und in entsprechender Weise auch die Löhne. Infolge der anhaltenden Teuerungsverhältnisse sahen wir uns aber zu einem weiteren Vorgehen genötigt und beantragten die Wiedereinführung der alten Arbeitszeit und der vollen Löhne. Da auch den Kriegersfamilien die Lohnzuschüsse ebenso erheblich gekürzt worden waren, so beantragten wir auch, diese zu erhöhen. Diese beiden Anträge sind nunmehr, wie bekannt gemacht wurde, angenommen worden, sodaß damit wenigstens die bisherigen Verschlechterungen beseitigt sind. In dieser so bedeutungsvollen Angelegenheit hat sich unser Verband als der beste Verfechter der Interessen der Gemeindearbeiter erwiesen, was auch von diesen allgemein anerkannt wird.

Das an unseren Bezirksleiter Weizler München, zugegangene Schreiben lautet:

Mürnberg, den 13. April 1915.

Der Stadtmagistrat hat heute beschlossen, die alte Arbeitszeit in den städt. Betrieben wieder einzuführen. Die andere Frage der Weitergewährung des Lohnes wird in einiger Zeit wieder im Ausschusse beraten werden.

gez. Bräutigam.

Bonn. Unser Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage hat nunmehr, nachdem zunächst die Mindestlöhne auf 3,50 Mk. erhöht wurden, seine Erledigung gefunden. Den Angestellten der Straßenbahn wird eine Zulage von 15,00 Mark pro Monat und den übrigen städt. Arbeitern eine solche im Betrage von 10 Prozent ihres bisher verdienten Lohnes gewährt.

Dillingen a. D. Nach der Besprechung mit den Kollegen wurde beschlossen, eine Eingabe an den Magistrat zu richten betr. Gewährung einer Teuerungszulage. Eine nach dieser Richtung gemachte Eingabe verlangt täglich 40 Pfennig, was bei den ohnehin sehr niedrigen Tagelöhnen nicht als unbeschneiden bezeichnet werden kann.

Weiden. (Oberpfalz). In einer von unserm Bezirksleiter Weizler an den Magistrat gerichteten Eingabe wird um eine Teuerungszulage nachgesucht. Dieselbe soll bei Arbeitern mit einem tägl. Einkommen von bis 3 Mark, 40, und bei einem solchen von über 3 Mark, 30 Pfennig für den Tag betragen. Die Erfüllung dieser Forderung ist umso mehr am Platze, als durch den Ausbruch des Krieges die Beratung der neuen Arbeits- und Lohnordnung zurückgestellt wurde.

Freising. Die im Jahre 1910 vom Magistrat festgesetzte Arbeitsordnung läuft am 15. Mai dieses Jahres ab. Eine Versammlung befaßte sich mit der Erneuerung der Arbeitsordnung. Auf Vorschlag des Bezgl. Weizler soll von der Erneuerung der Arbeitsordnung vorläufig Abstand genommen, und eine Vorlage des Verbandes erst nach Eintritt des Friedens eingereicht werden. Dagegen soll in einer Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage für die Dauer des Krieges nachgesucht werden. Dies beschloß die Versammlung und beauftragte unsern Bezirksleiter, die diesbezügliche Arbeit zu machen.

München. In unserer letzten zahlreich besuchten Versammlung am 18. April wurde beschlossen, eine Eingabe an die Verwaltung um Gewährung einer Teuerungszulage zu machen.

Der zweite Vorsitzende, Kollege Grafmann wies hin auf die empfindliche Erhöhung der Lebensmittelpreise. Durch die vom Kriegsausschuß für Konsumenten-Interessen betätigten Probe-Einkäufe in verschiedenen Geschäften der 29 Stadtbezirke wurde dieses festgestellt. Der Haushaltungsvorstand einer aus vier Köpfen bestehenden Familie habe nachgewiesen, daß er jetzt für Lebensmittel um 31,42 Mk. mehr ausgeben müsse als in den ersten Kriegsmontaten. Zahlreiche norddeutsche Stadtverwaltungen hätten deshalb ihren Arbeitern auch bereits Teuerungszulagen von 40 Pfg. pro Tag gewährt. Der Referent glaubt keine übertriebenen Forderungen zu stellen, wenn er für München folgende Teuerungszulagen verlangt: Arbeiter mit einem Tagelohn bis zu 5 Mk. einschließlich erhalten pro Tag 40 Pfg., Angestellte im Monatslohn von über 100—125 Mk. erhalten 7,50 Mk. Arbeiter mit einem Tagelohn über 5 Mk. erhalten pro Tag 30 Pfg. Angestellte im Monatslohn von über 125 bis 150 Mk. erhalten 7 Mk., Arbeiterinnen erhalten ohne Rücksicht auf ihr Lohnverhältnis pro Tag 30 Pfg. Die Teuerungszulage soll rückwirkend ab 1. April gewährt werden. Bei allen Arbeitern mit mehr als drei Kindern erhöht sich die Teuerungszulage ohne Unterschied des Lohnsatzes um 10 Pfg. pro Tag, bei Monatslohn um 3 Mk. pro Monat.

G.-B. Märkl und Magistratsrat Käsehage erkannten die Notwendigkeit einer Teuerungszulage an.

In der letzten Sitzung des Magistrats-Kollegium wurde die Eingabe auf Antrag des Referenten, der Instruktion unterstellt und der Sozialen Kommission überwiesen.

Düsseldorf. In der letzten gemeinsamen Versammlung der Straßenbahner und Gemeindearbeiter wurde beschlossen, eine Eingabe an die Stadtverwaltung zu richten, eine Teuerungszulage von 10 Prozent des verdienten Lohnes zu gewähren. Die bisher gewährten Extrabergütungen sollen in den bisher verdienten Lohn eingerechnet werden. In einer

Eingabe des Kartells der christlichen Gewerkschaften wird der Wunsch ausgesprochen, die Stadtverwaltung möge mehr, wie bisher, sich den Bezug von billigen Lebensmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung, sowohl wie für die städtischen Arbeiter und Angestellten angelegen sein lassen.

Flußbauarbeiter. Dem Königlich Bayerischen Staatsministerium des Innern (Oberste Königl. Staatsbaubehörde) wurde ebenfalls eine Eingabe unterbreitet in der Antrag gestellt wurde, den Arbeitern der Königl. Flußbauämter und Wildbach Verbauungs-Sektionen eine Teuerungszulage zu gewähren. Dieselbe sollte betragen für die Handwerker und Arbeiter bei einem Tagelohn unter 3.00 Mark 50 Pfg., und bei höherem Lohne 40 Pfg. pro Tag. Die Eingabe ist bereits am 24. April seitens unseres Münchener Sekretariats abgegangen.

Rundschau.

Lohneinkommen und Kriegsverletztenrente. Bei den ausgiebigen Debatten über die Kriegsverletztenfürsorge ist besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die Renten der Kriegsinvaliden sicher zu stellen auch für den Fall, daß die Rentenempfänger infolge ihrer gewerblichen Tätigkeit zu einem höheren Einkommen gelangen sollten. Wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 15, 1915) mitzuteilen weiß, hat sich das (preussische) Kriegsministerium zu dieser Angelegenheit geäußert, um Besorgnisse dieser Art zu zerstreuen. Es sei nicht zu befürchten, daß „die Aufnahme lohnbringenden Erwerbs die Höhe der Rentenzahlung ungünstig beeinflussen könnte.“ Ferner heißt es in der Auslassung des Kriegsministeriums:

„Die Tatsache der lohnbringenden Beschäftigung oder die Höhe des einzelnen Verdienstes kann allein keine Verringerung oder Entziehung der Rente begründen. Eine Anrechnung des Verdienstes auf die Versorgungsgebühren ist unzulässig. Eine Minderung oder Entziehung der Rente könnte nur bei einer wesentlichen Steigerung der Erwerbsfähigkeit eintreten. — Die Kriegszulage ist solange fortzuzahlen, als der Versorgungsberechtigte in seiner Erwerbsfähigkeit in meßbarem Grade, also mindestens um 10 v. H. geschädigt ist. So würde z. B. jemand, der durch den im Kriege erlittenen Verlust eines Fußes erwerbsbeschränkt geworden ist, stets neben der dem Grade seiner Erwerbsfähigkeit entsprechenden Rente die Verstümmelungszulage von 27 Mk. monatlich und die Kriegszulage beziehen, gleichviel welches Einkommen er aus lohnender Beschäftigung hat. — Weder Arbeitgeber noch Verletzte haben daher zu befürchten, daß die Verwendung eines solchen Verletzten und die wohlwollende Zahlung höheren Lohnes sachliche Nachteile für denselben herbeiführen könnte.“

Das Kriegsministerium wünscht, daß alle beteiligten Stellen Befürchtungen dieser Art entgegentreten würden. — Man wird diese wichtige Verlautbarung festhalten, da sie für die fernere Gestaltung der Kriegsverletztenfürsorge vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus von großer Tragweite sein kann.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Alle zur Provinz Brandenburg gehörenden Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine, die als Kriegsbeschädigte einer Berufsberatung oder einer sonstigen in der Art ihrer Verletzung begründeten Fürsorge bedürfen, müssen sich sofort mit den von der Provinzialverwaltung errichteten, örtlichen Fürsorgestellen, die durch ein Plakat kenntlich sind, in Verbindung setzen. Zu näherer Auskunft ist auch der Verbandsvorsitzende Kollege Georg Streiter, Berlin N. 58, Schönhauserallee 136, bereit, der als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften dem Landesbeirat der Provinz Brandenburg angehört. — Ueber die Maßnahmen der anderen Provinzen Preußens und evtl. der anderen Bundesstaaten wird demnächst Näheres mitgeteilt werden.

Arbeiterbewegung.

Kirchdorf der Unberühmte. Auf der letzten Jahresversammlung der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft hielt Geheimrat Kirchdorf, der bekannte Scharfmacher, eine Rede, in der er in nicht mißzuverstehender Weise seinen Unwillen aussprach über das Verhalten der Regierung zu den Gewerkschaften. Er meinte, erstere befände sich auf falschem Wege, wenn sie die Vertreter der großen Verbände der Bergarbeiter anhöre und mit ihnen verhandeln. Gewiß, wenn die Vertreter der Bergherren, der Fabrikanten und Unternehmer, des Handels-, Handwerk, der Landwirtschaft usw. in den Ministerien ein- und ausgehen, ist dieses bei ihm in der Ordnung. Wenn aber mal gleiches Recht für alle gelten soll, auch die Vertreter der Arbeiter ihre Wünsche und Beschwerden in geordneter Weise den maßgebenden Stellen vorbringen wollen und von diesen empfangen werden, dann ist das Vaterland in Gefahr. Und welche Gefahr erblickt Herr Kirchdorf hierin? Er befürchtet, wenn auch den Arbeitern Gerechtigkeit wiederfährt und sie ihre Klagen vorbringen können, würden sie, die jetzt während der Kriegszeit zufriedener und vaterlandstreu wären, unzufrieden gemacht und die Gewerkschaften würden einen größeren Einfluß gewinnen.

Hierzu schreibt das Zentrallblatt der christlichen Gewerkschaften in seiner letzten Nummer:

„Solche Ausführungen sind nur imstande, auch dem letzten Bergarbeiter zu zeigen, was die Stunde heißt nach dem Kriege. Hoffentlich überdauert das ehrliche Bestreben, lediglich die Interessen der Bergarbeiter wahrzunehmen, aus dem die gemeinsamen Kriegsaktionen der verschiedenen Bergarbeiterverbände in den letzten Wochen entsprungen sind, die Kriegszeit. In diesem Falle wird sich auch Herr Kirchdorf allmählich zu der Auffassung bequemen müssen, daß es Pflicht der Regierung ist, dieselben Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen herzustellen, wie sie mit den Interessenvertretungen der übrigen Erwerbsgruppen längst gepflegt und als selbstverständlich angesehen wurden. Der Einfluß der Kreise, die einer energischen Interessenvertretung der Arbeiter staatsfeindliche Bestrebungen unterstellen zu können galubten, wird durch den Krieg bestimmt nicht gestärkt werden. Es wäre auch noch schöner, wenn die industriellen und gewerblichen Arbeitermassen, die das Gros des deutschen Heeres bilden und die auf blutigen Schlachtfeldern die Zukunft Deutschlands erarbeiten und sicher stellen müssen, nach dem Kriege dem Machtbereich und den sozialen Anstrengungen derer um Kirchdorf überantwortet würden. Die Regierung und das Parlament möchten wir kennen lernen, die solches fertig brächten! Im Uebrigen haben wir vom Reichsamt des Innern und dem Preussischen Handelsministerium in den letzten Monaten eine Auffassung gewonnen, die der Kirchdorffschen diametral entgegensteht: wir glaubten bei den beiden Regierungsbehörden eine überspannte und sachlich unbegründete Schüchternheit und Angst vor den rheinisch-westfälischen Großindustriellen festgestellt und beobachtet zu haben, ein Umstand, an dem selbst die Verwirklichung naheliegender und bestimmt durchführbarer Arbeiterforderungen scheiterte. Zum Schlusse sprechen schließlich auch wir die Hoffnung aus, daß unser entgegengesetzter Warnungsruf von einer „gewissen Regierungsstelle“ — gehört und gewürdigt werden möge.“

Feldpostbriefe.

G., den 1. April 1915.

Mein lieber Freund!

Endlich komme ich dazu, Dir meine Erlebnisse im fernen Osten mitzuteilen. Seit vier Wochen liegen wir nun hier in G. eine richtige Flöhstadt. Der größte Teil der Bevölkerung hat von Reinlichkeit keinen Begriff. Fast nirgends in der Welt werden wohl so viele Spießhüben eng beisammen wohnen, wie hier. Es ist gar nicht zu schildern, was diese Gesellschaft alles in Ost-

preußen zusammen gestohlen hat, aber wir holen es raus, mag es noch so tief in der Erde vergraben sein. Fast hinter jedem Stall findet man Gruben, ganz geschickt angelegt und verborgen. Doch wir kennen jetzt schon die Schliche und wissen sie zu finden. Was wird da nicht alles gefunden: ungebrauchte Wäsche, Leder, Schuhe, feines Porzellan, Wanduhren, Küchengeräte, Wannenmühlen, ja sogar ganze Dampfmaschinen, Nähmaschinen, Gasmotore, man kann es gar nicht alle aufzählen. Wenn wir uns dann daran machen, etwas aufzustöbern, kommt das Paß gelaufen, küßt uns die Hände und Füße und ruft „Soldateska Russie verkauft“. Sie hätten es von den russischen Soldaten gekauft. Doch wir wissen die ganze Wahrheit. Ganze Kolonnen sind den russischen Feuerhauern nach Litpreußen gefolgt und haben gestohlen wie die Raben, was nicht niest- und nagelst war. Insbesondere hatte man es auf die deutschen Maschinen der Landwirtschaft abgesehen.

Als wir von Köln nach hier kamen, fuhren wir am Spätnachmittag durch die deutsche Stadt Bigalla. Von weitem glaubte man die Stadt wäre zerstört, aber nein, alles war in Brand gesteckt.

So ging es weiter, städtliche Dörfer, schöne Güter, alles verbrand und vernichtet. Am anderen Tage ging es weiter. Am Nachmittag kamen wir durch Prossen, eine kleine Stadt. Aber auch da stand auch nicht ein Haus mehr, was nicht in Brand gesteckt war. Wenns noch durch Granaten geschehen wäre, dann ließ man sich noch gefallen. Jedem der das sah, krampfte sich das Herz im Leibe zusammen.

Am Ende dieser Stadt ist die Grenze und wir staunten. Hier war kein Haus beschädigt, alles in schönster Ordnung. Angesichts dieser Schwandaten entschlüpfte manchem ein kräftiger Fluch. Und da schimpft ein Liebtnecht uns „Barbaren“. Wir Deutsche sind viel zu gut. Wenn er die Worte gehört hätte, die an dem Abend gefallen sind, als wir die Berichte über die betreffende Reichstagsitzung lasen, dann würde er anders denken. Man muß es selbst gesehen haben wie diese Bande — Soldaten kann man sie nicht mehr nennen — gehaut hat. Das Volk ist zum großen Teil nicht besser.

Diese Gesellschaft soll nun nach den Worten eines belgischen, sozialistischen Ministers, — den Namen weiß ich im Augenblick nicht, — berufen sein, uns deutsche Kultur beizubringen.

Doch nun genug davon. Gott allein wird richten. Hoffen wir, daß recht bald ein schöner Friede zustande kommt und wir uns, so Gott will, gesund und munter wiedersehen.

Es grüßt Dich Dein Freund G. D. Köln.

Verbandsnachrichten.

Nachstehende Ortsgruppen haben die Abrechnung vom 1. Quartal nebst Betrag eingesandt. Weiden, Geitau, Dingolfing, Wilsbosen, Wernke, Bremen, Siegen, Nürnberg, Tillingen, Bromberg, Landshut, Pasing, Dransdorf, Trier, Hannover, Amberg, Gildesheim und Augsburg.

Der Zentralvorstand.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien

Atlas zum Kriegsschauplatz 1914/15. 18 Kartenblätter mit 26 Haupt- und 18 Nebenkarten aus Meyers Konversations-Lexikon. In Umschlag zusammengestellt 1 Mark 50 Pfennig

Der Ausbruch des Weltkrieges 1914/15 in amtlichen Aktenstücken. In Umschlag 20 Pfennig

Kriegsgedichte 1914. Gesammelt von Eugen Wolke. In Umschlag 75 Pfennig

Duden, Rechtschreibung d. deutschen Sprache und der Fremdwörter. Nach den für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln. Neunte, neubearbeitete und vermehrte Auflage. In Leinen gebunden 2 Mark 50 Pfennig

Meyers Geographischer Handatlas. 121 Haupt- und 128 Nebenkarten nebst 5 Textbeilagen und Namenregister. Vierte Auflage. In Leinen gebunden 15 Mark

Meyers Handlexikon des allgem. Wissens. Sechste Auflage. Ungefähr 100 000 Artikel und Verweisungen auf 1612 Seiten Text mit 1220 Abbildungen auf 50 Illustrationstafeln (davon 7 Farbendrucktafeln), 32 Haupt- und 40 Nebenkarten, 35 selbständigen Textbeilagen und 30 statistischen Übersichten. 2 Bände in Halbleder gebunden 22 Mark oder in 1 Halblederband gebunden 20 Mark

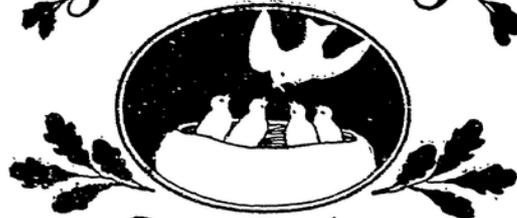
Diese Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Köln, Benloerwall 9.

Kollegen!

Denkt an den Kriegsfond, Liebesgaben sind unseren kämpfenden Mitgliedern im Felde vor wie nach sehr willkommen.

Schickt aber auch das Verbandsorgan regelmäßig ins Feld. Die Krieger erwarten mit Ungeduld Nachrichten von der Heimat und wie es in ihrem Berufe aussieht.

Gemeinnützige



Deutsche Volksversicherung

des

Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Strassenbahner Deutschlands



Es starben den Heldentod für König und Vaterland unsere treuen Mitglieder

Joseph Angersdorfer

Dingolfing, am 2. April bei Savonnieres Frankreich.

Adolf Huber

Mannheim, am 13. April bei Ypern Belgien.

Wilhelm Ohlhoff

Elberfeld.

Wir werden den tapferen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.

Gedenktafel.



Gestorben ist unser treues Mitglied:

Wilhelm Rohe, Aachen.

Ehre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann; Verlag: Peter Dedenbach, beide in Köln, Benloerwall 9. Druck: Köln-Chrensfelder Handelsdruckerei, Marastr. 9.